

# Gleichbehandlung ist oberstes Gebot

Nürnberger Unternehmen haben sich auf die gesetzlichen Vorschriften längst eingestellt

VON HORST PETER WICKEL

Seit 2006 müssen Stellensuchende und Arbeitnehmer nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) behandelt werden. Unternehmen aus Nürnberg haben sich darauf eingestellt.

„Bei der Einführung des AGG haben wir unsere Stellenausschreibungen intensiv auf AGG-Konformität geprüft“, sagt Anette Lang, Global Head of Human Resources der GfK-Gruppe. Formulierungen, wie „weiblich, jung, gut ausgebildet und ledig gesucht“, sind in den Personalanzeigen der Marktforscher nicht zu finden – selbst für missverständliche Formulierungen verzichten die Personalabteilungen der GfK bei allen Stellenausschreibungen komplett.

Personalmanagerin Lang nennt ein Beispiel: „Junges Team? Sind die Teilnehmer gemeint? Oder wurde das Team erst vor kurzem gegründet?“ Nach ihren Aussagen stand bei der GfK der Anspruch „best-fit“ schon immer im Vordergrund, und „natürlich ist es dann umso schöner festzustellen, dass wir mit dieser Vorgehensweise gleichzeitig die Absicht des AGG umsetzen“.

## Verdacht vermieden

Bei der Leoni AG wurden seit Einführung des AGG Schulungen für Führungskräfte veranstaltet, damit sie das neue Gesetz einhalten. „Leoni hat auch intensiver darauf geachtet, dass bei Stellenausschreibungen keine Formulierungen enthalten sind, die den Verdacht irgendwelcher Diskriminierung aufkommen lassen“, bestätigt Pressesprecher Bernd Buhmann.

Grundsätzlich steht es Arbeitgebern weiterhin natürlich frei, für die von ihnen zu besetzende Stelle ein Anforderungsprofil zu entwickeln. Sie können einen Aufgabenbereich bestimmen und den Ablauf des Bewerbungsverfahrens festlegen.

Aber nach §§ 11, 7 Abs. 1, 1 Abs. 1 AGG dürfen Arbeitsplätze nicht so ausgeschrieben werden, dass sie aufgrund von Rasse oder ethnischer Herkunft, wegen des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder sexueller Identität benachteiligend sind. Daraus ergibt sich, dass ein Arbeitgeber im Rahmen einer Arbeitsplatzausschreibung nur Informationen abfragen darf, die außerhalb der in § 1 AGG und obengenannten Merkmale liegen.



Teams gewährleisten in vielen Fällen den Erfolg in der Geschäftswelt. Dabei darf es nicht von vornherein festgelegt sein, ob die Beteiligten männlich oder weiblich sind. Foto: colourbox.com

Praktisch am bedeutsamsten ist die Diskriminierung wegen des Geschlechts. Eine solche Benachteiligung liegt grundsätzlich dann vor, wenn der Arbeitgeber in seiner Arbeitsplatzausschreibung keine geschlechtsneutralen Berufsbezeichnungen verwendet.

Als beispielhaft gelten Gesuche für Krankenschwestern, Rechtsanwältinnen, Sekretärinnen oder Kindergärtnerinnen. Teuer zu stehen kam einem Arbeitgeber beispielsweise auch schon die Suche nach einer Röntgenassistentin.

Nahezu ebenso häufig kommt die Diskriminierung wegen Alters vor. Ausschreibungen mit Wortlauten wie „Verkaufsprofil im Alter zwischen 22 und 30 Jahren gesucht“ oder „Verkaufsleiter zwischen 25 und 40 Jahren gesucht“. Ebenso diskriminierend können Umschreibungen sein, wie „Junge, dynamische Führungskraft

gesucht“, „ein junges Team erwartet Sie“ oder „mindestens fünf Jahre Berufserfahrung“.

Wenn sich Bewerberinnen oder Bewerber diskriminiert fühlen, können sie nach § 151 AGG Schadenersatz verlangen. So verlangte ein 1958 geborener Jurist von einem Arbeitgeber, der in einer juristischen Fachzeitschrift für seine Rechtsabteilung „einen jungen, engagierten Volljuristen“ gesucht hatte und dann eine 33-jährige Anwältin eingestellt hatte, Schadenersatz.

## Hohe Entschädigung

Als Entschädigung wollte er nicht nur 25 000 €, sondern dazu einen Schadenersatz in Höhe eines Jahresgehalts. Zwar gaben ihm die Richter des Bundesarbeitsgerichts bei der Bewertung der Ausschreibung recht, denn die Anzeige sei nicht altersneutral gehalten. Aber mehr als ein Monatsge-

halt als Entschädigung gestand ihm das höchste Arbeitsgericht nicht zu.

Der Anspruch auf ein Jahresgehalt sei unbegründet, hieß es. Denn der Bewerber habe nicht bewiesen, dass er bei diskriminierungsfreier Ausschreibung eingestellt worden wäre.

Aber solche Forderungen von angeblich diskriminierten Bewerbern sind eher die Ausnahme. „Bisher haben wir keine Ansprüche gegen Leoni aufgrund des AGG gehabt“, bestätigt Pressesprecher Buhmann.

Er geht auch davon aus, dass es künftig solche Forderungen nicht geben wird. Auch bei der GfK haben noch keine Bewerberin und kein Bewerber Schadenersatz oder Entschädigung verlangt. Immerhin, so Personalmanagerin Lang: „Allerdings ist durch die breite Kommunikation des AGG eine höhere Sensibilität und Aufmerksamkeit im Umgang mit den relevanten Themen entstanden.“

# Krise perfekt gemeistert

Die ForschungsWerk GmbH blickt optimistisch nach vorn

Fast ist sie schon vergessen: Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2009 zahlreichen Unternehmen schwer zu schaffen gemacht hat. Einige von ihnen sind inzwischen vom Markt verschwunden. Andere haben die Krise gemeistert – wie die ForschungsWerk GmbH in Nürnberg. „Wir können wieder optimistisch in die Zukunft blicken“, sagt Geschäftsführerin Iris Schuster und dabei huscht ein Lächeln über ihre Lippen.

2009 hat das noch anders ausgesehen: Das Marktforschungsunternehmen hatte seit Jahren nur eines gekannt: „Wachstum“, erzählt die Geschäftsführerin. „Dann haben wir auf einmal die US-Anzeichen der Krise gespürt. Das ist ein Geschäft, das drastisch zurück. Dann meldete einer unserer wichtigsten Kunden Insolvenz an, die Quelle.“

Von einem Tag auf den anderen „änderten sich die Vorzeichen von Wachstum auf Krise, von plus auf minus“, erinnert sich Schuster. Die Geschäftsführerin setzte sich mit Karin Bucher von der IHK-Abteilung „Unternehmensförderung“ in Verbindung. „Wir haben sofort ein Feedback erhalten inklusive aller Informationen, was wir tun können, um aus dieser Krisensituation herauszukommen“, berichtet Schuster.

## Empfehlung der IHK

„Das hat perfekt geklappt. Parallel dazu hat uns die IHK empfohlen, uns an einen Berater zu wenden, der uns unterstützt.“ Diese Beratung wird von der KfW Förderbank bezuschusst, so dass nur geringe Kosten für das Unternehmen anfallen.

Das ist das Geschäft von Harald Deininger, von der Firmenberatung Deininger. Schon nach dem ersten Gespräch beim ForschungsWerk machte sich der erfahrene Firmenberater sofort an die konkreten Planungen, wie „ich der Firma helfen kann“, erklärt Deininger. „Mein Vorteil dabei war, dass das Unternehmen vorbildlich bereits selbst versucht hat, die Krise über eigene Maßnahmen zu überstehen.“

So kürzte zum Beispiel die Geschäftsführerin ihr Gehalt selbst

um 40 Prozent. Zudem verkleinerte sich die Firma räumlich, verlängerte das Leasing der Geschäftswagen statt es zu erneuern und achtete darauf, dass bei Übernachtungen das günstigere Hotel gebucht wurde.

„Denn unser großes Ziel ist es gewesen, keinen von unseren 35 fest angestellten Mitarbeitern zu entlassen“, sagt Schuster. „Das ist uns gelungen, wie auch die Gehälter nicht kürzen zu müssen. Auch die Azubis, die bei uns bleiben wollten, haben wir alle übernommen.“

Die Kosten herunterzufahren, ist dabei jedoch nur die eine Sache gewesen. Eine andere „war, eine Planung aufzustellen für den schlimmsten Fall, der möglich wäre“, erläutert Deininger: „Zum Glück ist dieser nicht eingetreten.“

## Neue Auftraggeber

Gleichzeitig ging es ihm darum, über Fördertöpfe zusätzliches Geld für das Unternehmen zu beschaffen. In mehreren Gesprächen mit der KfW, der LfA sowie der Hypo Vereinsbank hat der Firmenberater, unterstützt von Steuerberater Martin Fürsattel von der Kanzlei Fürsattel & Kollegen, es schließlich geschafft: „Jetzt ist alles in trockenen Tüchern. Das Geld ist da“, freuen sich Deininger und Schuster. „Das Arbeiten fällt nun leichter. Zudem kommen verstärkt Aufträge herein.“

Seit 2009 konnte ForschungsWerk über eine aktive Akquise mehr als 30 neue Auftraggeber für sich gewinnen. Auch, weil sich das Unternehmen breiter als früher aufgestellt hat und nun über „einen bunten Mix quer durch alle Branchen verfügt“, erläutert die Geschäftsführerin. „Dadurch sind wir weniger angreifbar als früher.“

Das hat zur Folge, dass die Geschäfte „ausgesprochen gutgehen. Wir sehen 2011 positiv entgegen, werden wohl das Ergebnis von 2008 übertreffen“, sagt Schuster. „Mittlerweile kommen auch die potenziellen Kunden, die schon länger mit uns zusammenarbeiten wollten. Wir ernten die Früchte, die wir in den letzten 18 Monaten gesät haben.“

NORBERT GSTATTENBAUER

# Keine Angst vor Osterhasen

Mediziner sagen: Verzehr in Maßen ist unbedenklich



Der Verkauf der Osterhasen boomt auch in Nürnberg. Foto: dpa

Schoko-Osterhasen und -lämmer tummeln sich auch in Nürnberg überall. Die Eier nicht zu vergessen. Es gilt: Sie in Maßen vernaschen und nicht in Massen. Trotzdem: Die Osterzeit treibt den Konsum nach oben. So verspeist der Durchschnittsdeutsche rund zehn Kilogramm Schokolade pro Jahr. Wissenschaftler fanden heraus, dass aber Bitterschokolade gesünder ist als solche mit Vollmilch.

Amerikanische Wissenschaftler stellten fest: Schokolade enthält Flavonoide – das sind Pflanzenstoffe vom Kakao. Eine Tafel zu 100 Gramm dunkler Schokolade enthält im Durchschnitt 170 mg Flavonoide. In 100 Gramm heller Schokolade sind dagegen nur 70 mg Flavonoide zu finden. Im Vergleich dazu: 100 Gramm Rotwein enthalten 30 mg. Ärzte sagen: Diese Stoffe verringern das Risiko

einer Herz-Kreislauf-Erkrankung. Sie schreiben ihnen blutdrucksenkende und anti-entzündliche Wirkungen zu. Ohne Gewähr auch diese Behauptung von Medizinern: Wer anfällig auf Gicht ist, braucht Schoko-Osterhasen in Maßen nicht zu meiden.

Eines ist aber wohl eine Mär: Die scheinbar antidepressive Wirkung von Schokolade. Schokolade hellt die Stimmung nur dann auf, wenn man sie ausschließlich aus purem Genuss isst. Lediglich in diesem Fall, sagen Forscher des australischen Depressionsforschungszentrums in Sydney, belohnt das Gehirn mit einer Genuss-erfahrung. Die Inhaltsstoffe gegen Depressionen sind gering. Man müsste schon Tonnen Schokolade essen, damit das wirkt. Aber davon ist absolut abzuraten. my

## Die Preise steigen wieder schneller. Macht Ihnen das Sorgen?

Abstimmungsergebnis:



Das war eindeutig: Steigende Preise bereiten drei von vier Teilnehmern an unserer Online-Befragung Sorgen. Nach den letzten Daten sind die Verbraucherpreise binnen Jahresfrist um rund 2,1 Prozent gestiegen. Allein im Vergleich zum Vormonat kletterten

## IHRE MEINUNG

sie um 0,5 Prozent. Die Teuerung hat freilich nicht alle Produkte erfasst. Preistreiber waren einmal mehr die Energiekosten. Die GfK sieht trotz der genannten Daten keinen Anlass, ihre durchaus optimistische Prognose für das Wachstum des privaten Verbrauchs in diesem Jahr – plus 1,5 Prozent – zu senken. Das Niveau der Konsumstimmung sei trotz der Einbußen „weiterhin recht hoch“, hieß es.

Wir wollen das gegen checken – durch Ihre Meinung und anhand einer Produktgruppe, die jetzt langsam wieder in den Blick gerät: Der Sommerkleidung. Da hat natürlich jedermann noch eine Menge Stücke im Schrank, die man wieder herausziehen kann. Aber entspricht das dem Trend in diesem Jahr? Sind die Auslagen in den Geschäften oder an den Ständern davor verführerisch? **Wir wollen jedenfalls von Ihnen wissen:**

## Wollen Sie noch Geld in Ihre Sommerkleidung 2011 stecken?

Abstimmung unter:

[www.nn-online.de](http://www.nn-online.de)

Rubrik Wirtschaft

# Viel Geld aus den Gewerbebetrieben

Beim Pro-Kopf-Wert liegt Nürnberg weit über Durchschnitt

Nach Einnahmeverlusten im Jahr davor sprudelte die Gewerbesteuer 2010 in der Stadt Nürnberg wieder. Die Gewerbetreibenden zahlten rund 336,4 Mio. € Gewerbesteuer. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage (53,9 Mio. €) flossen 282,4 Mio. € in die Kasse des Kämmerers. Das war ein Plus von 12,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wie aus den Zahlen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung hervorgeht.

Seit 2002 stiegen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer bayernweit; 2009 kam es infolge der Wirtschaftskrise allerdings zum Einbruch. Vor allem die Städte im Nordosten Bayerns waren davon betroffen. Zusammen genommen nahmen die Kommunen damals rund 4,71 Mrd. € Gewerbesteuer ein, 17 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Doch mit rund 5,03 Mrd. € floss 2010 wieder mehr Geld in die Kassen vieler Kommunen, vor allem in die der kreisfreien Städte.

Auf die 25 kreisfreien Städte Bayerns entfielen fast die Hälfte aller Gewerbesteuereinnahmen – allein 1,2 Milliarden auf die Landeshauptstadt München. Bei einem Fünftel aller Stadt- und Landkreise fielen diese Einnahmen allerdings zum Teil erheblich niedriger aus als im Vorjahr. Schlusslichter waren neben der Stadt Coburg die Kreise München, Ebersberg und Schweinfurt mit einem Minus von 17 bis 50 Prozent. Auf der anderen Seite verzeichneten die Städte Regensburg und Bayreuth sowie die Kreise Dingolfing-Landau, Weilheim-Schongau und Altötting Mehreinnahmen zwischen 63 und 108 Prozent.

Umgerechnet auf die Einwohnerzahl ergibt sich für die Stadt Nürnberg ein Gewerbesteueraufkommen von 668,01 € pro Einwohner. Das war mehr als im Landesdurchschnitt, den das Bayerische Landesamt mit 499,4 € angibt. zds

Redaktion: Wolfgang Mayer  
Telefon: (09 11) 2 16 25 17  
Wolfgang Heilig-Achneck  
Telefon: (09 11) 2 16 24 15